



Pressemitteilung

Ansbach, 20. September 2012

Schwarzes Loch bei US-Bauvorhaben: Steuerzahler bleiben auf Großteil der Baunebenkosten sitzen

Verwaltungsabkommen verursacht Deckungslücke am Umlas in Höhe von 14 Millionen Euro

Bürgerinitiative: „Verdeckte Subventionen verstärken negativen Gesamteffekt der Militärpräsenz“

Um ein Vielfaches höher als bislang angenommen sind die Folgekosten der Stationierung von US-Militär in Mittelfranken: Entgegen früherer Beteuerungen seitens politisch Verantwortlicher sind die Baumaßnahmen der Armee in Ansbach und Illesheim nicht komplett US-finanziert. Laut den „Auftragsbautengrundsätzen“ (AGB-75) als Verwaltungsabkommen zum NATO-Truppenstatut haben die deutschen Steuerzahler rund zwei Drittel aller Planungs- und Verwaltungskosten der Staatlichen Bauämter sowie Ingenieurbüros bei Militärbauten der US-Streitkräfte zu tragen. Demnach muss die USA lediglich fünf bis sieben Prozent der Ausführungskosten als Baunebenkosten-Anteil finanzieren (AGB-75, Art. 23). Die tatsächliche Höhe der Baunebenkosten bewegt sich allerdings zwischen 15 und 20 Prozent, wie das für die US-Hochbaumaßnahmen zuständige Staatliche Bauamt Nürnberg mitteilte.

Dies bedeutet allein mit Blick auf den Bau der Stacheldrahtsiedlung am Ansbacher Umlas bei einem Gesamtvolumen der Baukosten von rund 125 Millionen Euro eine Zuzahlung aus dem Steuersäckel in Höhe von 13,9 Millionen Euro bei einer Veranlagung der Baunebenkosten von einem Sechstel der Ausführungskosten. Auch bei allen anderen US-Maßnahmen in Katterbach und Illesheim zahlt die öffentliche Hand etwa jeden neunten Euro der Gesamtbaukosten.

Die Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ kritisierte diese Form der Steuergeldverschwendung scharf: „Die zusätzlichen verdeckten Subventionen für die US-Armee verstärken den negativen Gesamteffekt der Militärpräsenz für die Bürger. Neben der Steuerfreiheit der amerikanischen Truppen muss die Allgemeinheit auch noch Unsummen für deren Bauten berappen. Zusammen mit den Belastungen durch Fluglärm und Abgase infolge des Betriebs der Basen in Katterbach und Illesheim übersteigen die Nachteile der Stationierung für die Bevölkerung immer stärker die Vorteile Weniger.“

Zudem forderte die BI regionale Abgeordnete auf, sich für die Novellierung der seit dem Jahr 1982 unveränderten AGB-75 einzusetzen: „Die Millionen Steuergelder sollten besser in die Förderung von regionalen Wirtschafts- Klimaschutz- und Bildungsprojekten investiert werden anstatt in Einkaufszentren, Kfz-Werkstätten oder Restaurants der US-Armee.“

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher